

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.)

Article — Digitized Version

**Kurz kommentiert: Interzonenhandel - Großbritannien -
Kairo-Bonn - Asien - Mehrwertsteuer**

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.) (1972) : Kurz kommentiert: Interzonenhandel - Großbritannien - Kairo-Bonn - Asien - Mehrwertsteuer, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 52, Iss. 4, pp. 218-219

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/134391>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

KURZ KOMMENTIERT

Interzonenhandel

Zahlungsschwierigkeiten kaum zu erwarten

Das Handelsvolumen zwischen der BRD und der DDR stieg 1971 um ca. 15% auf rd. 5,2 Mrd. VE; die Bundesrepublik konnte auf der Lieferseite eine Steigerung von 5%, die DDR eine von 26% auf jeweils 2,6 Mrd. VE realisieren. In diesem Betrag sind jedoch Kommissionswaren im Werte von 170 Mill. DM, die die BRD schon 1969/70 lieferte, und Vergütungen der postalischen Leistungen der DDR in Höhe von 250 Mill. DM enthalten. Damit wurde das Gesamtvolumen verrechnungstechnisch bedingt aufgebläht.

Die Aussichten auf eine weitere Ausdehnung des innerdeutschen Handels im laufenden Jahr sind nicht ungünstig. Denn die SED-Führung will gemäß ihrem Wirtschaftsprogramm das inländische Konsumgüterangebot erweitern. Dies wird aber zu steigenden Einfuhren aus der BRD führen, da die DDR-Führung eine Reduzierung der Einfuhren an dringend benötigten Investitionsgütern aus der BRD nicht zulassen wird. Unsicher ist jedoch, ob die DDR ihre Lieferungen in die BRD entsprechend den Bezügen ausdehnen kann.

Eine Stagnation oder gar Reduzierung des innerdeutschen Handels aufgrund von Zahlungsschwierigkeiten ist allerdings kaum zu erwarten, wenn auch relativ komplizierte Finanzierungsverhandlungen bei einzelnen Abschlüssen nicht auszu-schließen sind. Der DDR steht nämlich 1972 eine zinslose Kreditlinie – die 1971 einen Swing in Höhe von rd. 40 Mill. VE ermöglichte – für ca. 600 Mill. VE zur Verfügung. Darüber hinaus dürften etwaige zusätzliche Verpflichtungen der BRD im Rahmen des Verkehrsabkommens den Zahlungsspielraum der DDR erhöhen. Eine dann noch mögliche Finanzierungslücke – der kumulierte Aktivsaldo zugunsten der BRD sank von 1,3 Mrd. DM Ende 1970 auf 1,1 Mrd. DM Ende 1971 – dürfte durch eine Ausdehnung des Kreditvolumens geschlossen werden. bk

Großbritannien

Ein neuer Anlauf

Das Heer von 1 Mill. Arbeitslosen ist der sinnfällige Hinweis auf die Stelle, an der die Regierung in Großbritannien, dem „Musterland der Stagflation“, der Schuh am meisten drückt. Denn trotz eines stark expansiven Budgets im vergangenen Jahr hatte sich das außerordentlich geringe gesamtwirtschaftliche Wachstum nur wenig beschleunigt und die Unterbeschäftigung weiter zugenommen. Kein Wunder also, daß das dies-jährige Budget, das im vergangenen Monat

bekanntgegeben wurde, noch expansiver ausgerichtet ist als das von 1971. Durch eine Steuererleichterung um 1,2 Mrd. £ im Budgetjahr 72/73 soll das wirtschaftliche Wachstum auf 5% hinaufgeschraubt werden – eine Rate, die die bisherige Tendenz steigender Unterbeschäftigung zur Umkehr bringen soll.

Wenngleich die Regierung verbal nicht mehr den – im Vorjahr mehr oder weniger fehlgeschlagenen – Versuch unternimmt, einen konsuminduzierten Aufschwung herbeizuführen, hat sie dem privaten Verbrauch dennoch wiederum eine tragende Rolle zugeordnet. Etwa drei Viertel der gesamten Steuererleichterung entfallen auf eine Minderung der Einkommensteuer. Zugleich aber sollen die Investitionen mit Hilfe einer massiven Ankurbelung sogar stärker als das Bruttosozialprodukt zunehmen. Ob jedoch die Einführung einer völlig freien Abschreibung, die in den westlichen Industrieländern beispiellos ist, die relativ niedrige Investitionsquote kurzfristig anheben wird, ist angesichts der niedrigen Kapazitätsauslastung zu bezweifeln.

Sollten jedoch die wachstumspolitischen Absichten in Erfüllung gehen, dürften sich sehr schnell neue wirtschaftspolitische Probleme einstellen. Dies gilt insbesondere für die Preisentwicklung. Zwar haben sich die Teuerungsraten in den letzten Monaten reduziert, doch ist der Anstieg der Verbraucherpreise mit 8,1% im Februar (Vorjahresvergleich) immer noch sehr hoch. Ebenso verharren die Zuwachsraten der Löhne und Gehälter trotz der großen Arbeitslosigkeit auf einem hohen, nicht stabilitätskonformen Niveau. Bei abnehmender Unterbeschäftigung dürften aber die Lohnforderungen noch stärker zunehmen. Ein weiterhin über dem internationalen Inflationstrend liegender Preisanstieg zusammen mit einer konjunkturellen Expansion aber wird die Zahlungsbilanz allmählich wieder zum Problem werden lassen. wt

Kairo – Bonn

Normalisierung der Beziehungen

Seit dem 30. März 1972 bestehen nach fast siebenjähriger Unterbrechung wieder diplomatische Beziehungen zwischen dem Libanon und der Bundesrepublik Deutschland. Weiterhin scheint eine Normalisierung des Verhältnisses Kairo–Bonn bevorzuzustehen. Vorausgegangen war der Beschluß der Arabischen Liga vom 11. März, ihren Mitgliedstaaten die Wiederaufnahme der Beziehungen freizustellen.

Diese Annäherung zwischen der arabischen Welt und der Bundesrepublik beruht von seiten der arabischen Staaten sowohl auf politischen als auch auf wirtschaftlichen Überlegungen. Wenn

man beim Libanon als traditionell prowestlichem Staat noch ein ausgewogenes Verhältnis zwischen den politischen und wirtschaftlichen Motiven unterstellen kann, so dürften bei den ägyptischen Politikern die wirtschaftlichen Interessen stark dominieren. Denn der Israelkrieg und die permanente Kriegsbereitschaft haben die wirtschaftliche Entwicklung dieses Landes sehr gehemmt. Sichtbares Zeichen dafür sind u. a. das Umschuldungsabkommen von 1967 und das Wirtschaftsprotokoll von 1970, das die Rückzahlung der deutschen Kredite stundet.

Aber auch die Durchführung dieser Abkommen stößt auf Schwierigkeiten, und neue Verhandlungen stehen bevor. Von einer Verbesserung des politischen Klimas verspricht sich Kairo nicht nur eine positive Beeinflussung dieser Verhandlungen, sondern darüber hinaus auch die Gewährung neuer Kredite. Gedacht wird dabei vor allem an die Finanzierung eines 120 km langen Bewässerungskanales. Da Bonn auch bei der Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen mit anderen Staaten nicht „kleinlich“ war, dürfte eine Ablehnung dieser Wünsche Kairos schwierig sein. Nicht zuletzt auch deshalb, weil man sich davon in Bonn eine – wenn auch bescheidene – Eindämmung des politischen Einflusses der DDR verspricht. fa

Asien

Lohnendes Geschäft für Banken

Mit Gründung der Europäisch-Asiatischen Bank (EAB), Hamburg, hat sich – ebenso wie eine Gruppe deutscher Landesbanken/Girozentralen mit der Asien-Pazifik-Bank AG, Hamburg – die European Banks International Company SA (EBIC) Startlöcher für das Asiengeschäft geschaffen. Selbst erst Ende 1970 durch die Amsterdam-Rotterdam-, Deutsche-, Midland Bank und die Société Générale des Banques ins Leben gerufen, setzt diese Gruppe ihre Bemühungen um eine Europäisierung ihrer weltweiten Auslandsbeziehungen, hier speziell jener in Asien, fort.

Reizvolle Aufgaben ergeben sich für Banken vor allem durch die Umstrukturierung der Weltwirtschaft, bei der der Außenhandel in steigendem Maße durch Produktionen im Ausland ersetzt wird. Diese Entwicklung macht sich, wenn auch vorerst zögernder als in anderen Regionen, auch in Asien bemerkbar. So stieg der Bestand deutscher Direktinvestitionen in Asien von 150,4 Mill. (1961) auf 560,8 Mill. DM (1970), und der Nettobestand der britischen Direktinvestitionen erhöhte sich in dieser Region von 3,9 Mrd. (1960) auf 5,4 Mrd. DM (1969). Aber auch die Exportströme zwischen Asien und Europa sind gewachsen. Von 1965 bis 1970 stiegen die zusammengefaßten Exporte der EWG und EFTA nach Asien (ohne Staatshandelsländer) von 17,7 Mrd. DM auf 27,1 Mrd. DM, während sich

umgekehrt die Exporte Asiens nach Ländern der EWG und EFTA sogar von 19,3 Mrd. auf 30,1 Mrd. DM erhöhten.

Durch diese zunehmende Aktivität im asiatischen Raum ergibt sich für die EAB neben der traditionellen Exportfinanzierung auch die Aufgabe der Betreuung der internationalen Unternehmen in Fragen ihrer Kredit-, Devisen- und Liquiditätspolitik im Ausland. Geht man nicht nur vom Potential, sondern auch von der Erfahrung der hinter dieser Bank stehenden Institute aus, so darf man mit einem ausgezeichneten Bankservice für den asiatischen Raum rechnen. rmb

Mehrwertsteuer

Abbau des Grenzausgleichs

Nach einem Beschluß der EWG-Agrarminister werden die Grenzausgleichsabgaben für Agrarerzeugnisse, die im letzten Jahr nach Freigabe der Wechselkurse eingeführt wurden, stufenweise abgebaut. Gleichzeitig sind jedoch nach dem Beschluß nationale Maßnahmen zum Ausgleich der sonst drohenden Einkommensverluste für die Landwirtschaft erlaubt.

Die Bundesregierung plant nun, der Landwirtschaft, deren Mehrwertsteuerlast unverändert bleiben soll, durch eine Erhöhung des Mehrwertsteuersatzes für Lebensmittel auf der Erzeugerstufe den erforderlichen Ausgleich zukommen zu lassen. Da die folgenden Verarbeitungs- und Handelsstufen die erhöhte Mehrwertsteuer jedoch als Vorsteuerbelastung bei der Bemessung ihrer Steuer absetzen können, entsteht beim Fiskus ein Einnahmeausfall. Er soll durch eine Anhebung des Mehrwertsteuersatzes auf der Endverbraucherstufe von zur Zeit 5,5% auf 6% oder 6,5% kompensiert werden.

In stabilitätspolitischer Hinsicht wird die Mehrwertsteuererhöhung die Bestrebungen der Bundesregierung nach mehr Preisstabilität unterlaufen. Denn es ist keineswegs zu erwarten, daß die möglichen Preissenkungen bei Agrarimporten und die gleichzeitige Steuererhöhung einander ausgleichen werden. Des weiteren wird die Anhebung dieser indirekten Steuer einkommensschwache Bevölkerungskreise vergleichsweise stärker als eine Erhöhung direkter Steuern belasten, wenn deren Überwälzung nicht gelingt.

Die jetzt geplante Maßnahme der Bundesregierung ist jedoch auch als ein Indiz dafür zu werten, langfristig eine Steuerharmonisierung innerhalb der EWG zu erleichtern. Denn ein wesentlicher Beitrag der Bundesrepublik wird darin bestehen, zu dieser Harmonisierung die gegenwärtigen Mehrwertsteuersätze fühlbar anzuheben, was vielleicht schon im Zusammenhang mit der geplanten Steuerreform der Fall sein könnte. jj